№ 72. Mittwoch, den 6. September. 1871.

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an:
A. Bebel, Petersstraße 18,
F. Thiele, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementspreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.

Filialexpedition für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N.J. via Newyork

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

Parteigenossen!

Inmitten schwieriger Verhältnisse, nachdem die Behörden unserer Partei eingekerkert und allseitig Maßregelungen an der Tagesordnung waren, wurde der Dresdener Ausschuß, und nach diesem wir provisorisch an die Leitung der Parteigeschäfte berufen. Nur die aufopferungsvolle Thätigkeit, mit der alle Parteigenossen in so kritischer Zeit in die Parteibewegung eingriffen, ermöglichte uns die Führung der Parteigeschäfte.

Das getreue Zusammenwirken brachte alle Vornahmen der Partei zum Erfolg und machte die Plane der Gegner zu Schanden.

Eine Partei, welche so wie die unserige die Brandung der reaktionären Gegenströmungen ausgehalten hat, wird auch bei wieder neu anstürmenden Gefahren sich als unerschütterlich erweisen. Blicken wir dieserhalb getrost in die Zukunft; sie gehört uns!

Parteigenossen! Dasselbe Vertrauen und dieselbe regsame Unterstützung, welche uns bei der Ausübung der Parteigeschäfte zu Theil wurde, übertragt auf den neugewählten Ausschuß zu Hamburg! Laßt uns mit diesem ebenfalls mit aller Opferwilligkeit weiter arbeiten, damit unser Prinzip, das Prinzip der Sozial-Demokratie, in alle Schichten der Bevölkerung gefördert und damit es erkannt werde als das alleinige Kulturelement, das, indem es die menschliche Gesellschaftsform neu gestaltet, den so oft erhofften Sieg über die Lüge und über die Knechtschaft endlich erringen wird und die Wahrheit und das Recht zum vollen Ausdruck bringt.

Leipzig, den 3. Sept. 1871.

Der provisorische Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiter-Partei.

An die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei.

Durch das Vertrauen unserer hiesigen Parteigenossen zur obersten Leitung der Parteigeschäfte berufen, übernehmen wir heute unser Amt mit dem festen Entschluß, stets und überall nur dem Interesse der Partei dienen zu wollen.

G. A. Müller 1. Vorsitzender
T. Külbel 2. „ „
Th. Yorck Schriftführer, St. Georg Schulzweg 23,
H. Benneke Kassirer, Kl. Schäferkamp 46a.
E. Paulssen Beisitzer.

Alle das Kassenwesen betreffenden Zuschriften und Sendungen sind nur an den Kassirer, Alles Andere an den Sekretär zu richten.

Der Ausschuß hält bis auf Weiteres jeden Donnerstag Sitzung.

Wir sind uns vollständig bewußt, welche schweren Pflichten wir damit gegen Euch übernommen. Indeß wir erwähnen dies nur, um Euch zu versichern, daß wir gewillt und entschlossen sind, unsere Pflicht voll und ganz zu erfüllen. An Euch wird es sein, das Gleiche zu thun.

Wir verlangen, daß jeder Einzelne von Euch treu und fest ausharre in dem Streite um unser Recht.

Wir erwarten, daß Ihr Alle uns eng zur Seite stehen werdet im Kampfe gegen die Macht.

Wir hoffen, daß unserm vereinten Wirken es gelingen wird, selbst in trüber Zeit unserm Programm Anerkennung zu verschaffen, unsrer Organisation neue Kräfte zu gewinnen, und die uns leitende Idee, die Idee der Gleichberechtigung aller Menschen, der Verwirklichung näher zu bringen.

Mit Brudergruß:

Hamburg, 27. August 1871.

Der Ausschuß der soz.-demokratischen Arbeiter-Partei.

Die heilige Allianz der Völker.

Ich sah den Frieden jüngst herniedersteigen,
Er streute Blumen rings und lichtes Gold;
In allen Thälern schlief ein holdes Schweigen,
Wo eben noch des Krieges Sturm gegrollt.
„Erwacht!“ so klang's von seinem Göttermunde,
„Erwacht vom Ebro zu der Wolga Strand!
„Schließt eure Reih'n zum großen Völkerbunde,
„Reicht Euch die Bruderhand!“

Hellenen, Russen, Italiener, Britten,
Erwacht! es naht die große Stunde nun!
Ihr, Söhne Deutschlands, habt genug gestritten,
Und ihr, Franzosen, laßt die Schwerter ruh'n!
Ihr alle blutet an derselben Wunde;
Zerbrecht die dumpfe Kette, die euch bannt!
Schließt eure Reih'n zum großen Völkerbunde,
Reicht euch die Bruderhand!

Ihr saht so oft den Abendhimmel glänzen,
Gemalt von eurer Hütten düstrer Gluth —
Blind raf't der Mord, und rings an euren Gränzen
Ist keine Aehre rein von Menschenblut.
Des Wahnsinns Sklaven bis auf diese Stunde,
Trugt ihr Verwüstung in der Brüder Land!
Schließt eure Reih'n zum großen Völkerbunde,
Reicht euch die Bruderhand!

Was gilt das Volk im Schreckenskampf der Kronen?
Was gilt das Recht im Toben der Gewalt?
Verrath und Ehrsucht schlachten Millionen,
Und keine Männerlippe donnert Halt!
Ihr tauscht ein Joch, verkauft, wie feile Hunde,
Stumm mit dem andern, ohne Widerstand!
Schließt eure Reih'n zum großen Völkerbunde,
Reicht euch die Bruderhand!

Ruhm jedem Edlen, der die Freiheitsfahne
Im Dienst des Friedens segensvoll erhebt!
Tod dem Eroberer, der im Fieberwahne,
Was Gott geeinigt, zu zerreißen strebt!
Stürzt ihn hinab zum tiefsten Höllenschlunde,
Werft seine Burgen prasselnd in den Sand!
Schließt eure Reih'n zum großen Völkerbunde,
Reicht euch die Bruderhand!

Hold zu der Auferstehung Morgenfeier
Ertöne des Gesetzes Melodie!
Baut eure Fluren bei dem Klang der Leier,
Fromm an der Hand der Liebe erntet sie.
Im Licht des Friedens heilt die letzte Wunde,
Zum Himmel wird der Erde stilles Land:
Schließt eure Reih'n zum großen Völkerbunde,
Reicht euch die Bruderhand! Béranger.*)

*) Der berühmte Chansonnier und größte Lyriker Frankreichs; geboren 1780, gestorben 1857. Obiges Gedicht wurde genau vor 50 Jahren (1821) zum erstenmal veröffentlicht.

Politische Uebersicht.

Wie die Versailler nach Paris kamen.

Ein (obendrein als offiziös bekannter) Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ (der beiläufig die Berichtigung des Offiziösen aus Weimar ebenfalls aufoktroyirt worden war) schreibt in Nummer 238 der „Kölnischen Zeitung“ d. d. Paris 26. August:

„— — In seinen Auslassungen über die Ursachen der Revolution vom 18. März, die er der Kommission der Nationalversammlung in längerer Rede gegeben, nahm Herr Thiers auch Bezug auf die Trochu'sche Anschuldigung, daß Preußen bei der Kommune die Hand im Spiele gehabt. „Was man sagen möge“, bemerkte ungefähr Herr Thiers, „ich glaube nicht, daß die Hand der Preußen bei diesen Ereignissen irgendwie im Spiele war. Sie haben uns im Gegentheil geholfen, den Aufstand zu bezwingen, indem sie uns erlaubten, eine große Zahl unserer in Deutschland gefangenen Soldaten nach Frankreich zurückzuführen. Auf diese Weise allein konnte die Armee bis auf 130—150,000 Mann vermehrt werden.“ Herr Thiers hätte im Uebrigen hinzufügen können, daß die letztere Ziffer selbst — als im direkten Widerspruche mit den Bestimmungen der Versailler Präliminarien vom 26. Februar — erst erreicht werden konnte, nachdem die deutschen Staatsmänner eingewilligt, die betreffenden Paragraphen außer Wirksamkeit zu setzen; er hätte ferner erwähnen können, daß zu zwei verschiedenen Malen, als die Belagerungsarbeiten der Versailler nicht vorrückten, der Regierung die direkte Hülfe und Unterstützung der deutschen Truppen gegen die Insurgenten angeboten worden, eine Unterützung, die nur des schlechten Eindruckes wegen nicht angenommen werden konnte, den im ganzen Lande eine Niederwerfung des Aufstandes mit ostensibler Hülfeleistung der Fremden hätte hervorrufen müssen; er hätte schließlich hinzufügen können, daß **im letzten Stadium der Belagerung die Deutschen den Truppen des Marschalls Mac Mahon den entschiedensten Vorschub dadurch geleistet haben, daß sie den letzteren die Okkupirung und strategische Benutzung der sogenannten neutralen Zone bereitwillig gestatteten...;** aber auch so wie sie ertheilt wurde, ist die von Thiers gegebene Auskunft hinreichend, um die Verleumdungen des Generals Trochu glänzend Lügen zu strafen.“

Damit wäre Alles zugestanden, was wir je über die Art und Weise, wie Graf Bismarck die 500 Millionen verdiente, gesagt haben: Alles mit Ausnahme unserer Angabe, daß den Versaillern zum letzten Mordbrennerwerk deutsche Geschütze und Munition geliefert worden — eine Angabe, die wir natürlich nach wie vor aufrecht erhalten. Und da wir einmal bei diesem ausnehmend unsauberen Thema sind, so sei hier an die Aeußerung erinnert, welche Fürst Bismarck am 29. Mai auf der Rückreise von Frankfurt am Weimarer Bahnhof that: „Nun, wir haben die Versailler nach Paris hineingelassen, sie mögen zusehen, ob sie sich darin halten.“ (S. Nr. 46 d. „Volksstaat“)

Die Wittwe des gefallnen Generals der Pariser Kommune Dombrowski hat auf die elenden Verläumdungen, mit denen General Trochu das Andenken ihres Mannes zu besudeln versucht hat, in würdiger Weise geantwortet. Sie hat in den „Daily News“ einen Brief an diesen Schwatzgeneral veröffentlicht, dem wir folgende Stellen entnehmen;

„Mein Herr! In Ihrer letzten Rede in der Nationalversammlung von Versailles haben Sie meinen Gatten mehrmals beschuldigt, ein preußischer Spion während der Belagerung von Paris gewesen zu sein. Der einzige Beweis, der von Ihnen zur Unterstützung dieser Beschuldigung geliefert wurde, ist, daß Sie ihn als solchen arretiren ließen. Es giebt ehrliche Gemüther, für welche diese Art von Beweis gänzlich unzulänglich sein wird. Für deren speziellen Behuf war es Ihre Pflicht, hinzuzufügen, daß ehe er an den französischen Vorposten, trotz eines ihm von Ihrer Regierung gewährten Freipasses, arretirt wurde, General Dombrowski Ihre Erlaubniß nachgesucht hatte, um in der Armee von Paris für Frankreich zu kämpfen. Sie hätten auch sagen sollen, daß, ehe mein Gatte versuchte, die preußischen Linien zu passiren um sich Garibaldi, der seine Gegenwart in einer Depesche, die in allen Blättern erschien, wünschte, anzuschließen, er durch seine Bemerkungen und eine Brochure, deren Abfassung Sie ihm wahrscheinlich nicht verziehen haben, versuchte aus der Vertheidigung von Paris etwas besseres als eine blutige Komödie zu machen. ... Es muß nicht vergessen werden, daß Männer wie Sie, mein Herr General, solche Männer wie Dombrowski verabscheuen. Eben so nüchtern in Sprache, wie frei von Bombast war er ein Soldat und ein Bürger, nicht ein Schwätzer. Er sprach nie davon, „todt oder siegreich“ vom Schlachtfelde heimzukehren; aber als der Tag der Niederlage gekommen war, wollte er getreu der schweigenden Verpflichtung, die er übernommen, den Ruin seiner Sache und seiner Hoffnungen nicht überleben. Er wählte sich einen freiwilligen und bescheidenen Tod. Um der Staatsklugheit Ihrer Partei zu gehorchen, wenn nicht einer schändlichen persönlichen Rache halber, haben Sie nicht gezögert, das Herz einer Wittwe zu brechen; haben Sie versucht das Andenken eines Todten zu besudeln und arme Kinder zu entehren, die für eine lange Zeit nicht im Stande sein werden, Genugthuung für Ihre Verleumdungen zu verlangen. Ich tröste mich mit dem Gedanken, daß zwanzig Jahre später, sollten Sie sogar so siegreich werden, wie Sie jetzt besiegt sind, es keinen Mann von Vernunft und Muth geben wird, der Ihre rhetorischen Enthüllungen von militärischem Talent dem bescheidenen Ruhme, der Interesselosigkeit und der einfachen Aufopferung Dombrowski's vorzieht. Inzwischen, mein Herr General, verachte ich Sie, daß Sie Ihre Anschuldigung nicht durch Beweise, sondern nur durch Vermuthungen unterstützen, und dieses Vorgehen allein veranlaßt die Wittwe des Generals Dombrowski und die einzige Beschützerin seiner Kinder, Notiz von Lügen zu nehmen, die sie in ihren theuersten Gefühlen als Mutter, Weib und Patriotinn verletzen und beleidigen. Pelagie Dombrowska.“ —

„Es wird fortgelogen!“ ist die Devise unserer „honneten“ Gegner. Man beweise ihnen noch so unwiderleglich, daß sie die Unwahrheit gesagt — sie kümmern sich nicht drum, und lassen die Lüge unverdrossen wieder aufmarschiren. Wie unsere Leser wissen, war es ein beliebtes Mannöver der Verläumder der Internationalen (der Fälscher, Ehebrecher und Gesellschaftsretter Jules Favre voran), die Internationale Arbeiteraffoziation mit der Bakunin'schen Internationalen Allianz zu verwechseln. Der plumpe Betrug wurde vom Generalrath in seiner bekannten Erklärung so handgreiflich enthüllt, daß auch der dickste Denkervolks-Schädel überzeugt sein müßte. Widerlegen ließ sich die Erklärung nicht, man griff zu der „frommen Sitte“ des Todtschweigens. Die Erklärung wurde ignorirt und heut läuft wieder die alte Lüge, auf den sprichwörtlich zwar kurzen, dafür aber um so dauerhafteren Beinen durch die Welt, d. h. durch die Presse. So lesen wir in den „honneten“ Zeitungen:

„Auch der Zusammenhang der russischen Kommunisten mit der „Internationale“ soll jetzt nachgewiesen sein. Der „Ostseezeitung“ wird aus Rußland geschrieben: „Der Versailler und der Petersburger Kommunisten-Prozeß, obwohl sie räumlich weit getrennt sind, stehen dennoch in inniger Verbindung und sind als Ausläufer ein und derselben kommunistischen Bewegung zu betrachten. Die Verhandlungen des Petersburger Prozesses haben nemlich bis zur Evidenz herausgestellt, daß der internationale Arbeiterverein den Geheimbund der russischen Kommunisten in gleicher Weise angestiftet hat, wie die Gräuelthaten der Pariser Kommune.*) Der Stifter des russisch-kommunistischen Geheimbundes, Netschajeff, hatte im Jahre 1869 in der Schweiz, wo er als politischer Flüchtling lebte, Bakunin, kennen gelernt und durch seine Vermittlung von dem Internationalen Arbeiterverein, dessen hervorragendes und eifriges Mitglied der greise russische Agitator ist, den Auftrag erhalten, in Rußland eine kommunistische Verschwörung zu organisiren und dadurch die Thätigkeit der russischen und westeuropäischen Kommunisten in Einer und derselben Richtung zu vereinigen. Er wurde zu diesem Zwecke mit ausreichenden Geldmitteln und mit Empfehlungsschreiben von Bakunin versehen und begann nach seiner schleunigen Rückkehr nach Rußland im Namen des Internationalen Arbeitervereins seine Wirksamkeit, die aber bald durch das Eingreifen der Polizei unterbrochen wurde.“

In diesem Falle ist die Lüge um so schaamloser, als gerade ein Organ der Internationalen Arbeiteraffoziation, und zwar der „Volksstaat“, es war, der den Windbeutel Netschajeff entlarvt hat. Doch — sie müssen nun einmal lügen, die Herren Bourgeoisskribenten, denn was würde sonst aus dem „Geschäft“ werden? —

Aus Straßburg. Der „Stuttgarter Beobachter“ bringt einen Garnisonsbrief, welcher die Lage der dortigen Besatzung folgendermaßen schildert:

„Von den körperlichen Anstrengungen ganz abgesehen, wird auf uns ein solch moralischer Druck ausgeübt, daß man meint, die ganze Welt sei in einen Schraubstock geklemmt. Dieses Exerciren, Arbeiten ꝛc., mit dem Gefühl eines Sklaven in der Brust, ist aber nicht jenes, welches Körper und Geist vorwärts bringt und stählt und den jungen Menschen zu einem tüchtigen Soldaten macht, nein, **dieses saugt einem das Mark aus den Knochen und stumpft den Geist ab.** Wir müssen exerciren wie Rekruten und arbeiten auf den Arsenalen, Festungswerken ꝛc. wie Galliöten und meistens Sachen, die gar keinen Werth haben. **Die Arrestlokale, die sich hier auf der Citadelle (einem Vorwerke) befinden und massenhaft vorhanden sind, reichen nicht mehr aus; dieselben sind immer auf vier Wochen hinaus bestellt.** Dieses Verfahren gegen die Soldaten geschieht alles auf Rechnung der „Disziplin“, mit welcher sie das nächste Mal die Franzosen klopfen wollen. Seit ich hier bin, haben sich schon **drei Soldaten selbst ermordet.** Dies der Dank für die durchgemachten oft an's

*) Daß die Internationale Arbeiteraffoziation den „Geheimbund der russischen Kommunisten“ und die „Gräuelthaten der Pariser Kommune“ in gleicher Weise angestiftet habe, ist das einzig richtige in der ganzen Notiz. An dem Einen ist die Internationale so unschuldig wie an dem Anderen. Jener ist bloß eine Privatspielerei des Herrn Bakunin („Netschajeff“), und diese existiren bloß in der Phantasie der Ordnungslügner (der Noten-, Depeschen- und Zeitungen-schreibenden) und der ihre Lügen für baare Münze nehmenden Ordnungsphilister.

Fortsetzung auf Seite 4.

Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten.

1806—1807.

(Fortsetzung.)

Kapitulation No. 18. — Breslau.

Am 21. November hatte der König einen General-Bevollmächtigten für Schlesien ernannt, den Obersten Prinzen von Anhalt-Pleß und ihm den Major Grafen Götzen zum Beistand gegeben. Am 22. war den Festungskommandanten nochmals „bei Verlust des Kopfes" eingeschärft worden, bis zur Ankunft der Russen auszuhalten. Die Breslauer Bürger „schwuren beinahe einstimmig und unaufgefordert mit thränenden Augen, Gut und Blut für ihren König zu opfern."

Am 6. December näherte sich der Feind. Graf Götzen verließ eiligst Breslau, wie es seine Pflicht war, und forderte den General Lindener auf, der dort nichts zu thun hatte, ebenfalls abzureisen. Dieser mißachtete jedoch den Befehl und blieb mit vielen wichtigen Papieren, Geldbeständen und vorräthigen Gewehren in der Stadt.

Die Besatzung zählte 6000 Mann. Geschütz, Pulver und Eisenmunition waren ausreichend vorhanden.

Gouverneur von Breslau war der Generallieutenant Thile, Kommandant der Generalmajor Krafft, Ingenieuroffizier vom Platz der Lieutenant Poblotzki. Sie verfielen dem entmuthigenden Einflusse des Generals Lindener.

Es folgen nun die gewöhnlichen Aufforderungen und Abweisungen, Desertionen aus der Festung, Revolten unter den Soldaten und standrechtlichen Erschießungen. Da die Franzosen dem „Ehrenworte" der früher gefangenen und entlassenen preußischen Offiziere nicht trauten, mußten „70 in Breslau befindliche preußische Offiziere den feindlichen Vorposten überwiesen werden, um in Lissa ihre Pässe aufs Neue revidiren zu lassen." Das Bombardement wurde „ausschließlich" auf die Stadt gerichtet, so daß die Bürgerschaft mehr litt als die Besatzung. Wie die rheinbündischen Baiern im Allgemeinen aufs Greulichste hausten, als sie preußischen Boden betraten, so thaten sie es auch im Besondern in Schlesien, und Klagen „über ihren Mangel an Disziplin, über Lust zum Brandschatzen, Mißhandeln der Einwohner u. s. w. trafen nicht nur den gemeinen Mann, sondern fanden auch in den höheren Stellen ihre Begründung." Zu Zeiten war die Desertion aus Breslau so arg, daß das Feldgeschrei in einer Nacht drei Mal geändert werden mußte. Die Leute desertirten nicht nur, sondern zeigten dem Feinde auch noch, wo die schwächsten Punkte der Befestigungen waren. Verrath war in allen Ecken, innerhalb und außerhalb Breslau. Unter den Einwohnern, die so eben todesmuthig gestennt hatten, bildeten sich Parteien, die den Gouverneur mit Vorstellungen ganz entgegengesetzten Sinnes bestürmten. Mehrere Entsatzversuche des Prinzen Pleß schlugen fehl. Am 30. war er muthig bis in Breslaus Nähe gedrungen; der Feind mußte sich gegen ihn wenden, die Trancheen entblößten, was was man deutlich aus der Festung wahrnehmen konnte, und doch wurde kein Ausfall gemacht. Der Gouverneur war zwar nicht von der Annäherung des Entsatzes benachrichtigt worden, aber er hätte sich doch mit eigenen Augen von dem Werthe der Vorpostenmeldung überzeugen können, was er nicht that. Auf die ersten Meldungen des Ingenieuroffiziers vom Platz, um 7 Uhr Morgens, daß man Geschütz- und Kleingewehrfeuer höre und daß das Dorf Dürgoy brenne, und des Lieutenants Schorlemmer, der um 9 Uhr anzeigte, daß der Feind mit leichten Kanonen und Infanterie die Trancheen verlasse, antwortete er: „daß der Feind manövrire, um die Besatzung aus der Stadt zu locken." Eine halbe Stunde später meldete Schorlemmer wiederum: „der Feind manövrire nicht, man könne deutlich die Entsatzungstruppen erkennen." Der Gouverneur blieb bei seiner Meinung; der General Lindener scheint gar nichts gethan zu haben, und der Generalmajor Krafft, den man darauf aufmerksam machte, daß die sich kreuzenden, zwischen einander gegenüberstehenden Truppen gewechselten Granaten in der Luft krepirten, that die Grobiansäußerung: „es ginge das Niemand was an, er besitze selbst genügendes Urtheilsvermögen u. s. w." — weiter that er jedoch nichts. Endlich glaubte der Gouverneur an Entsatz und beschloß einen Ausfall zu machen, „für den Fall, daß der Feind geschlagen würde." Nun hinderte aber der Nebel weitere Beobachtungen, man hörte nur, daß das Feuer sich gegen den Zobtenberg hin wegzog, und hielt den Entsatz für geschlagen. — Und diesen Gouverneur Generallieutenant Thile führt Höpfner ein als einen „allgemein geachteten, strengen und tapfern Offizier"!

„Die Stimmung der Bürgerschaft wurde von diesem Augenblick an eine sehr üble gegen das Gouvernement; denn Jedermann war von der Nothwendigkeit eines Ausfalls durchdrungen und schrieb das Unterlassen desselben den unlautersten Motiven zu. Die beispiellose Uebergabe so vieler Festungen hatte im Allgemeinen das Vertrauen des gemeinen Mannes erschüttert; nunmehr glaubte man aber auch in Breslau sich verrathen und verkauft und sah die Uebergabe ganz nahe." — Hatte der „gemeine Man" etwa nicht Recht? — Was man auch „Beispielloses" im letzten deutsch-französischen Kriege gesehen haben mag, eine so „beispiellose Uebergabe so vieler Festungen" konnte man nicht wahrnehmen!

Am 5. Januar wurde die Kapitulation unterzeichnet. „Schon an diesem Tage, als man die Gewißheit von der Kapitulation erhielt, brach der Geist der Insubordination unter den Truppen hervor, und äußerte sich durch grobe Widersetzlichkeiten gegen die Oberer, Zerstörung des königlichen Eigenthums, Verkauf der königlichen Effekten und Kriegsvorräthe. Am 6. wurden diese Exzesse von dem Militär, in Verbindung mit dem Pöbel der Stadt, in gesteigertem Maße, sowohl auf den Wällen als in der Stadt, besonders an königlichen Gebäuden, Magazinen u. s. w. fortgesetzt, und weder durch die städtische Polizei noch durch Kavalleriepatrouillen konnte den Ausschweifungen, Plünderungen, Schießen auf den Straßen u. s. w. Einhalt gethan werden, so daß man sich endlich genöthigt sah, schon am 6. Abends das Nikolai- und Oderthor von dem Feinde besetzen zu lassen."

„Am 7. Januar rückte die Besatzung gegen 10 Uhr Vormittags aus und streckte das Gewehr; der schlechtere Theil der Besatzung setzte auch hier noch die Unordnung fort, und eine große Anzahl Gewehre und Trommeln wurden zerschlagen."

Während der Belagerung waren
Bürger getödtet worden 35 — verwundet 88
Soldaten „ „ 13 — „ 24, Kranke 568

Kann die Schande besser als durch solche Zahlen beschrieben werden?

Höpfner belastet den Gouverneur wie folgt:

1. Er hätte verabsäumt, die Besatzung zu verstärken, indem er 2000 Rekruten, die nach Graudenz bestimmt waren, aber es nicht mehr erreichen konnten und umkehren mußten, in die Heimath entließ.

2. Er hätte unnöthiger Weise die Außenwerke verlassen.

3. Er hätte weder die Besatzung hinlänglich verproviantirt, noch darauf gesehen, daß die Einwohner sich mit Lebensmitteln versorgten.

4. Er hätte am 30. December den Ausfall unterlassen.

5. „Er hätte es unterlassen, mit dem Fürsten von Pleß durch Kundschafter Verbindung anzuknüpfen. Der General Lindener soll hieran besonders die Schuld tragen."

6. Er hätte kapitulirt, ohne den vorschriftsmäßigen Kriegsrath abzuhalten.

Daß dieser Generalspöbel der Thile, Krafft, Lindener bestraft worden wäre, davon sagt Höpfner kein Wort.

Der Feind hatte Landleute aus der Umgegend zu den Trancheenarbeiten und Ausbesserung der Batterien verwendet, „was in neuerer Zeit wohl als ein barbarisches Mittel zu betrachten ist," wie Höpfner beifügt. Wie ist in allerneuester Zeit in Frankreich bezüglich solcher Verwendungen verfahren worden, und wie denkt sein Kamerad Moltke darüber?

Kapitulation Nr. 19. — Brieg.

Am 8. Januar, demselben Tage, da Brieg auf beiden Seiten der Oder eingeschlossen wurde, erhielt der Major Bourdet vom Prinzen Pleß seine Ernennung zum Vicekommandanten des Platzes, „da auf den alten, bis zum Stumpfsinn invaliden General Cornerut für eine solide Vertheidigung wenig zu rechnen war."

Die Besatzung zählte noch 22 Offiziere und 1451 Mann. Nur 48 eiserne Geschütze sollen vorhanden gewesen sein; dagegen sprechen die französischen Berichte von 153 daselbst vorgefundenen. Pulver gab es noch 843 Centner, Eisenmunition im Verhältniß und man hatte 5271 fertige Schuß und Wurf.

Am 10. forderte der General Deroy zur Uebergabe auf, am 15. wurde die Festung bombardirt, wobei nur ein Haus niederbrannte, „denn der Schnee auf den Dächern verhinderte eine bedeutende Wirkung des Bombardements," die Garnison verlor 1 Todten, einige Verwundete und 20 Deserteurs; am 16. ward die Kapitulation abgeschlossen und zwar ohne die Billigung eines Kriegsraths, der gar nicht berufen worden war, am 17. die Festung übergeben.

So benahmen sich der stumpfsinnige invalide Cornerut und valide Bourdet. Bestrafung wird nicht erwähnt.

(Fortsetzung folgt.)

Der sozialdemokratische Kongreß in Dresden.*)

Referat über das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Landtage und Gemeinden.

Referent Bebel (Leipzig): Meine Herren! Wir haben in den eben geführten Debatten gehört, wie dringend nothwendig es sei, daß ein Gesetz erlassen werde, das den Normalarbeitstag für die Arbeiter feststellt. Es liegt aber auf der Hand, daß nach Lage der Dinge, wie die Verhältnisse heute im Staate, in der Gesellschaft, beschaffen sind, ein solches Gesetz schwerlich Geltung finden wird bei der Zusammensetzung der heutigen Volksvertretung. Die Arbeiter müssen selbst ihre Stimme in die Waagschale werfen. So lange die Arbeiterklasse nicht selbst in der Lage ist, ihre Vertreter in die gesetzgebenden Körper zu senden, um dort ihre Stimmen für ihre Rechte, für die Rechte der Unterdrückten erheben zu können und durch Vertreter der besitzenden Klassen mitvertreten wird, so lange ist an eine Verbesserung der Gesetzgebung und also an eine Verbesserung unserer Zustände nicht zu denken. Ich muß da von vornherein eine Bemerkung machen in Bezug auf den deutschen Reichstag, weil vielleicht der Umstand, daß wir hier die Frage wegen Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Einzellandtage und die Kommunen auf die Tagesordnung gesetzt haben, mißdeutet werden könnte, insofern möglicherweise damit gesagt scheint, daß die Sozialdemokratie mit den Errungenschaften für den deutschen Reichstag bereits zufrieden gestellt sei, zufrieden sei mit dem Wahlrecht, das für diesen gewährt worden ist. Daß dies nicht der Fall ist, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen; denn daß für uns Sozialdemokraten ein Wahlrecht kein allgemeines sein kann, welches die Diäten für die Abgeordneten aufhebt, welches also einen indirekten Census enthält, anstatt des direkten Census, wie wir ihn jetzt in den meisten Einzelstaaten haben, liegt auf der Hand. Daß es durch den Wegfall der Diäten außerordentlich schwer ist, Männer von einer sozialen Stellung zu wählen, welcher nicht die nöthigen Mittel zur Verfügung stehen, zu einem Reichstage, der Wochen und Monate lang seine Sitzungen hält, bedarf keines Beweises, und daß es in vielen Fällen schwer, ja unmöglich ist für die Arbeiter, für die Wähler, Abgeordneten in größerer Zahl die nöthige Unterstützung gewähren zu können, liegt ebenfalls nahe. Also das Wahlrecht, welches für den Reichstag gewährt worden ist, befriedigt uns auf keine Weise, ganz davon zu schweigen, daß die Beschränkungen, die in fast allen deutschen Staaten in Bezug auf Vereins- und Versammlungsrecht existiren und namentlich gegen unsere Partei angewendet werden, und die Beschränkungen, welche in Bezug auf die Preßfreiheit vorhanden sind, eine wirklich freie Ausübung des Wahlrechts unmöglich machen. Indessen, meine Herren, wollen wir, da, wie schon zu dem vorhergehenden Referate von verschiedenen Rednern hervorgehoben worden ist, wir heute mit der Radikalkur der heutigen gesellschaftlichen Zustände nicht vorgehen können, wenigstens alle Mittel und Wege in Bewegung setzen, die uns dem Ziele, das wir zu erreichen hoffen, näher bringen, und dahin gehört auch, daß wir nicht allein, wie es jetzt der Fall ist, für den deutschen Reichstag, das allgemeine direkte Wahlrecht haben, sondern daß wir es auch für die Landtage der Einzelstaaten, daß wir es insbesondere auch für die Gemeinden bekommen. Meine Herren, es ist ein beliebtes und oft angewendetes Schlagwort, welches die „liberale" Partei, d. h. die in der „liberalen" Partei verkörperte Bourgeoisie, in allen Schattirungen seit Jahrzehnten in Deutschland ausgegeben hat: Gleiches Recht für Alle! Sie haben aus dem heute Abend hier gehörten Referate, welches vorzugsweise die soziale Lage, die gesellschaftliche Stellung der Arbeiter behandelte, gesehen, wie dieses „gleiche Recht für Alle" für die Arbeiter heut zu Tage nicht vorhanden ist. Nun, meine Herren, die politischen Verhältnisse sind in allen Fällen das getreue Spiegelbild der sozialen Verhältnisse, die politischen Zustände sind der Ausfluß der sozialen Zustände. Sie werden keinen freien Staat, keinen wirklichen Gleichheitsstaat haben, wo soziale Ungleichheit existirt, und wenn Sie sich den unter den heutigen Verhältnissen freiesten Staat vorstellen, die bürgerliche, die blaue Republik. Immerhin, das darf nicht verkannt werden, gewährt diese Staatsform den Arbeitern bedeutende Hülfsmittel, zu ihren politischen Rechten auch die sozialen Rechte erobern zu können; erstere sind ja die nothwendige Vorbedingung dazu. Diese Phrase, dieses Schlagwort, welches die liberale Partei seit Jahrzehnten im Nationalverein, in Volksversammlungen, bei Fest- und andern Versammlungen der Fortschrittspartei ausgegeben hat, ist seit einigen Jahren in auffallender Weise verstummt. Wenn wir aber einen liberalen Wortführer fragen, wird er entschieden in Abrede stellen, daß er diesen Grundsatz verleugnet. Im Gegentheil hört man ihn noch heute, wenn es sich darum handelt, in der Presse den Arbeitern schöne Versprechungen zu geben, oder wenn es sich darum handelt, bei der Reichstagswahl ihre Stimmen zu ködern, den Grundsatz: Gleiches Recht für Alle! aussprechen, — ein Grundsatz, den man freilich im Reichstag selbst bei der ersten besten Abstimmung schmählich verleugnet und im Stiche läßt. (Vielfaches Bravo.) Diese Phrase: „Gleiches Recht für Alle" ist also, wie schon bemerkt, in den letzten Jahren auffallend verstummt und warum? Die „liberale" Partei, unsere Bourgeoisie, sie gab das Schlagwort nur so lange aus und hielt für gut, es nur so lange auszugeben, als sie die Ueberzeugung hatte oder glaubte haben zu dürfen, daß die Arbeiter von der Gewährung politischer Rechte — und um diese allein konnte es sich der Bourgeoisie gegenüber nur handeln — keinen anderen Gebrauch machen würden, als es ihr, der Bourgeoisie, der liberalen Partei, eben passe: mit anderen Worten, daß die Arbeiter, welche in den ersten Jahren der deutschen Arbeiterbewegung fast insgesammt, und zu einem allerdings sehr kleinen Theile auch noch heute, blindlings der Führerschaft der liberalen Partei folgten, es auch fernerhin thun würden. Die Bourgeoisie glaubte, daß die Arbeiter, wenn es sich beispielsweise bei Wahlen um die Verwirklichung dieses Grundsatzes handelte, dann doch nichts anderes sein würden, als das „Stimmvieh" der Bourgeoisie. So lange sie diese Ueberzeugung hatte, schrieb sie dem Grundsatz „gleiches Recht für Alle" auf ihre Fahne; in dem Augenblick aber, wo die Arbeiter anfingen, ihre Klassenlage zu begreifen, von dem Augenblick an, wo die Arbeiter als geschlossene Partei, als sozialistische Arbeiterpartei auftraten und handelten, wo sie als Partei die Forderung aufstellten, daß Keiner gewählt werden dürfe, der nicht ihre Grundsätze anerkannt, der nicht entschlossen sei, ihr Recht mit allen Konsequenzen zu vertreten, da zogen sich die liberalen Herren zurück. Sie merkten und gestanden sich sehr wohl, daß, wenn der Grundsatz: „gleiches Recht für Alle" in dem heutigen Staat soweit als möglich verwirklicht ist, das eine Waffe sei, die zunächst gegen sie, die liberalen Herren, gegen die Herrschaft der Bourgeoisie sich kehren würde. Meine Herren! Ich gehöre nicht zu Denjenigen, die von irgend einem Menschen verlangen, einem andern zu Liebe einen Selbstmord zu begehen; Selbstmord ist es aber für die liberale Partei, wenn sie heute noch für die demokratischen Prinzipien, wie sie es vor 7—8 Jahren in Worten wenigstens gethan, im Ernst eintreten wollte. Es ist ja selbstverständlich, daß kein Arbeiter, der seine Klassenlage, d. h. sein Interesse begriffen hat, für unsere „Liberalen," für unsere Bourgeoisie bei irgend einer Wahl die Kastanien aus dem Feuer zu holen gewillt ist. Von dem Augenblick an, wo die Arbeiter eine selbstständige sozial-politische Stellung eingenommen, hat die Bourgeoisie es gut gefunden, alle freiheitlichen Grundsätze, für die sie scheinbar seit Jahrzehnten in Wort und Schrift gekämpft, schmählich zu verleugnen und mit Füßen zu treten, einfach aus Angst vor den Arbeitern. Meine Herren! Wer dies noch bezweifelt, der durfte in den Hetzereien und Verleumdungen, wie sie bereits seit Jahren, namentlich aber in der letzten Zeit, und insbesondere in den letzten Wochen, in erhöhtem Grade Tag für Tag gegen unsere Partei in den gesammten liberalen Blättern Deutschlands und mit den konservativsten und reaktionärsten Blättern um die Wette, ja theilweise dieselben sogar noch in beschimpfenden Ausdrücken überbietend, die Bestätigung des von mir Gesagten finden. Diese gegen uns geschleuderten Niederträchtigkeiten und Verleumdungen beweisen, daß die Bourgeoisie heut Hand in Hand mit der Reaktion geht, weil sie fühlt, daß es mit ihrer Macht zu Ende ist, wenn die Arbeiterpartei ihre politischen Rechte verlangt und erobert. Die Emanzipation der Arbeiter auf politischem Gebiet ist gleichbedeutend mit der Vernichtung der Bourgeoisie auf sozialem Gebiete. Der sozialistische Staat ist dann nur noch eine Frage der Zeit.

Meine Herren! So unangenehm es vielleicht manchem von uns ist, wenn er Morgens beim Frühstück oder Abends bei dem Abendbrod ein liberales Blatt zur Hand nimmt und darin unangenehme, ich wollte sagen unwahre Dinge — denn in Wahrheit können sie uns nicht unangenehm sein — also unwahre Dinge über unsere Partei verbreitet findet, so angenehm muß es uns auf der andern Seite sein: Der Kampf, den die Bourgeoisie in dieser Weise gegen uns führt und weiter gegen uns zu führen gezwungen ist, er beweist die Schärfe der Gegensätze in der heutigen Gesellschaft, er beweist, daß eine Vertuschung der Gegensätze nicht mehr möglich, daß mit ehrlichen Waffen zu kämpfen die Bourgeoisie außer Stande ist, und er beweist endlich, daß wir in vollen Zügen in einem Kampf begriffen sind, dessen Endresultat wir zwar in Bezug auf die Zeit nicht bestimmen können, dessen endlicher Sieg aber zu Gunsten der Arbeiterklasse ganz unzweifelhaft ist. (Bravo!) Insofern also, meine Herren, können uns diese Verläumdungen und Bekämpfungen höchst angenehm sein. Indeß giebt es immerhin noch tausende von Arbeitern, die sich durch die Phrasen der liberalen Partei und der betreffenden Blätter irreführen lassen, die noch den liberalen Redensarten unserer Bourgeoisie von Freiheit und Recht und Gesetz und wie die Schlagwörter alle heißen, allzugroßen Glauben schenken. Es ist schrecklich wohlfeil, sich hinzustellen und den Leuten von Freiheit und Gleichheit und Gerechtigkeit zu reden. Das sind Redensarten, unter denen man alles Mögliche und Unmögliche sich denken kann. Was man sich Alles als Freiheit, als Gleichheit denken kann, das haben Sie schon heute Abend gehört. Also nicht darauf kommt es an, daß man von Freiheit und Gleichheit spricht und predigt, mit diesen Worten um sich wirft, sondern was man unter Freiheit versteht, was man mit Gleichheit meint; sonst ist Alles leere Phrase. Als ein vorzügliches Agitationsmittel gegen diese Phrase und für die sozialdemokratische Partei betrachte ich, wenn sie die Agitation für Erlangung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts zu den Landtagen und Kommunalvertretungen energisch betreibt. Daß wir ein „Recht" auf dieses Recht haben, meine Herren, soll ich Ihnen das noch beweisen? Das ist in dieser Versammlung überflüssig. Es ist ja auch von der liberalen Partei, also der Bourgeoisie, der Grundsatz oft genug ausgesprochen worden, der da heißt: Wer Pflichten hat, der soll auch Rechte haben. Meine Herren! Die Frage entsteht, ob wir auch da, wo wir überhaupt keine Rechte haben, oder da, wo wir nur in untergeordnetem Maaße Rechte haben, ob wir da etwa gar keine oder auch nur untergeordnete Pflichten zu erfüllen haben? Und da halte ich es für nothwendig, eine kleine Exkursion auf die verschiedenen Staatswirthschaftsgebiete zu machen, um Ihnen in Kürze darzulegen, wie es mit dem Mißverhältniß zwischen den Rechten und Pflichten für die Arbeiterklasse bestellt ist.

Meine Herren! Eine der größten Pflichten des Volkes, und die große Mehrheit des Volkes ist die arbeitende Klasse, ist die Entrichtung der Blutsteuer an den Staat. Das bestreitet wohl Niemand, daß die Arbeiterklasse, die industrielle, wie die bäuerliche, vorzugsweise die Soldaten dem König zu stellen hat; das wissen Alle, daß die blutigen Kriege nur von den Fürsten und ihren Dienern gemacht werden. Das Volk hat nichts hineinzureden, ihm steht bis heute keinerlei Entscheidung über Krieg und Frieden zu. Die Kriege, in fast allen Fällen gegen die Interessen des Volkes gemacht, bürden ihm auch noch die Lasten und Opfer auf. Die Blutsteuer, die das Volk tragen muß, sie allein zeigt schon die große Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Vertheilung der Pflichten, trotz der Phrase von der allgemeinen Wehrpflicht. Ein Unterschied besteht zwischen Arm und Reich, ein Unterschied ausgedrückt in der dreijährigen Dienstzeit für die Söhne der Unbemittelten und in der einjährigen Dienstzeit für die Söhne der Bemittelten. Der Besitz des Geldes giebt den letzteren die Möglichkeit, sich eine höhere Bildung zu verschaffen und dadurch das Recht des einjährigen Freiwilligendienstes, während die Söhne der Unbemittelten die längere Dienstzeit mit all ihren Leiden zu ertragen haben. Eine solche Ungleichheit ist nur möglich in einer Gesellschaft, in einem Staat, wo die Klassenherrschaft existirt und von einer wirklichen Volksvertretung, von einer entscheidenden Einwirkung des Volkes auf die Angelegenheiten des Staates nicht im Mindesten die Rede ist. Meine Herren! Nehmen wir die Steuern. Hier zeigt sich ganz genau dasselbe. Ich werde später noch nachweisen, wie in den verschiedensten Staaten in der einen oder anderen Form der sogenannte Census besteht, d. h. daß die Anforderung an den einzelnen Staatsbürger gestellt wird, daß er, wenn er sein Wahlrecht ausüben will, das ihm als Mensch und Staatsbürger von Gott und Rechtswegen, sobald er mündig ist, zugesprochen werden sollte, einen bestimmten Satz direkter Steuern bezahlen muß. Man nimmt also den direkten Steuersatz als Maßstab an, verschweigt oder ignorirt aber ganz und gar, daß die indirekten Steuern ungleich höhere Beträge unserer Staatssteuern überhaupt ergeben. Man verschweigt, daß die indirekte Steuer doch zunächst den Arbeiter und zwar höher als eine Kopfsteuer trifft, daß vorzugsweise die Arbeiterklasse es ist, welche durch die indirekten

---

*) Die nothwendige Durchsicht des stenographischen Berichts der Referate ist den Referenten übergeben worden, und da Bebel mit seinem Referat zuerst fertig war, bringen wir dasselbe, obgleich es auf dem Kongreß dem York'schen folgte, um nicht Zeit zu verlieren, zuerst zum Abdruck. Die Veröffentlichung der Referate wird nun ununterbrochen vor sich gehn. Red. d. V.

Steuern wohl zwei Drittel der heutigen Staatsbedürfnisse aufzubringen hat. Diese Steuern zahlt der arme Mann nicht nur für seine Person, sondern er zahlt sie für seine ganze Familie. Wenn seinerzeit in dem norddeutschen Bund die Höhe der indirekten Steuern, soweit sie in die Bundeskasse flossen, sich auf nahezu 50 Millionen Thaler belief und die Kopfzahl im Bunde 30 Millionen betrug, so erreichte demnach die indirekte Besteuerung im norddeutschen Bunde, wobei wohlgemerkt die indirekten Steuern, welche in den Einzelstaaten erhoben werden, noch nicht inbegriffen sind, auf jeden Kopf die Höhe von 1 Thaler 20 Ngr. — und betrug also bei einer Familie von 5 Köpfen das Fünffache. Während also der Familienvater für sich und seine Familie an indirekten Steuern mindestens 7—8 Thaler zahlt, bleibt diese sehr hohe Steuer bei Gewährung des Wahlrechts vollständig außer Betracht. Will er sein Wahlrecht ausüben, so muß er beispielsweise bei uns mindestens 1 Thaler direkte Staatssteuer zahlen, ein Betrag, den die weitaus größte Zahl der Arbeiter bei ihrem geringen Einkommen nicht bezahlt. Die indirekte Steuer, die vielleicht das sechs- und siebenfache beträgt, bleibt außer Berechnung; es ist das die größte Ungerechtigkeit, die sich überhaupt denken läßt. (Beifall.)

Nun meine Herren! Auf den übrigen Gesetzgebungsgebieten finden wir ganz genau dasselbe. Daß unsere Schule heutzutage Einrichtungen besitzt, welche die Ungleichheit involviren, daß Arm und Reich getrennt sind, daß für die Reichen besonders, für die Armen weit weniger gesorgt wird, das ist eine allbekannte Sache. Daß unser ganzes sogenanntes Rechtssystem, ja unsere ganze Gesetzgebung in jeder Materie die Fälle in Menge nachweist, wo der Reiche vor dem Armen bevorzugt ist, das ist ebenfalls bekannt. Meine Herren! Dieß ist nur dadurch möglich, daß unsere heutigen Landesvertretungen in Wahrheit Classenvertretungen sind, daß das Volk als solches keinerlei Einwirkung hat, daß das Volk in der Landesvertretung keine Stimme hat, daß es nicht beschließen, keine Gesetze machen kann. Wie es in den Landesvertretungen, in dem Reichstage, wie es überhaupt in den sogenannten Volksvertretungen überall beschaffen ist, so steht es genau mit den Gemeindeverwaltungen. In der Gemeindevertretung wird repräsentirt vorzugsweise der sogenannte Bürger, — und zwar der höhere Bürger, nicht der kleine Handwerker, der in der Regel um kein Haar besser steht, als der Arbeiter. Der kleine Handwerker und Bürger steht zu dem reichen Mann in größter Abhängigkeit in Bezug auf den Broderwerb, er ist gezwungen, auf die Geschäftsumstände Rücksicht zu nehmen. — Zudem giebt die Gesetzgebung über die Kommune dem wohlhabenderen Theil, namentlich dem Hausbesitzerstand, das entscheidende Uebergewicht in die Hand. Der Kleinbürger ist in der Kommune, was der Arbeiter günstigsten Falles im Staate ist: ein Mensch, dem man zum Schein das Wahlrecht giebt, ohne die Möglichkeit, es frei zu gebrauchen.

(Schluß folgt.)

Augsburg. (Bourgeoisrohheit.) Ein nettes Beispiel, welche Fortschritte unsere ordnungswüthigen Nationalliberalen im Reiche der „Gottesfurcht und frommen Sitte" machen: Samstag, den 26. August gingen drei Parteigenossen nach der Versammlung in ein hiesiges Kaffeehaus, um noch eine Tasse Kaffee zu trinken. Bewußtes Café wird größtentheils von Spießbürgern frequentirt; unsere drei Leute unterhielten sich von Parteiangelegenheiten, saßen allein an ihrem Tische und kümmerten sich nicht um die übrigen Gäste. Da hörte einer der anwesenden „Ordnungswüthigen" das Wort „Sozialdemokrat"; sofort wurde der Wirth (ein ehemaliger Hausknecht) requirirt und dahin interpellirt, ob er es dulde, daß seine Wirthschaft von Sozialdemokraten besucht werde? Der Wirth wußte nichts Eiligeres zu thun, als unseren Freunden zu erklären, sie möchten sein Lokal verlassen. Diese erklärten wiederum, daß sie ihre Sache bezahlt hätten und mithin auch in Ruhe genießen wollten, daß sie überhaupt Niemand beleidigt hätten und eine derartige Behandlung nicht verdienten. Man höre die Antwort auf diesen ganz richtigen Einwand: „Machen Sie, daß Sie fortkommen, sonst werden Sie hinausgeworfen" — und schon standen ein paar dienstbare Geister in Reserve zu diesem Zwecke in der Gestalt der Hausknechte. Unsere Freunde, die jedem Skandal ausweichen wollten, tranken aus und entfernten sich. Soweit der Thatbestand, wie er uns von einem der Betheiligten erzählt wurde. Nun ein Wort an Euch, Ihr Ordnungs-Lümmel — daß ihr diese Zeilen zu Gesicht bekommt, dafür werden wir sorgen —: Ihr, die Ihr dem Arbeiter immer vorschwindelt, er solle sich vor Allem bilden, ist das Eure Bildung, daß Ihr harmlose Gäste, weil sie nicht zu Eurer Partei gehören, mit Hinauswerfen bedroht? Geht in jene Lokale, wo die Euch so verhaßten Sozialdemokraten verkehren und lernet erst Bildung! Und merkt Euch: es wäre uns ein Leichtes, ein paar hundert Mann hoch Eure Lokale aufzusuchen und die ganze Bande hinauszuklopfen; doch wir wissen, daß Derjenige, der an die brutale Gewalt, an die Rohheit appellirt, auch durch dieselbe untergeht, und daß damit Prinzipien nicht widerlegt werden. Es könnte jedoch, wenn derartige Rohheiten sich wiederholen, der Stiel umgekehrt werden.

Parteigenossen Augsburgs, zeigt durch Euer Benehmen überall, daß Ihr mehr Bildung besitzt, als jene Protzen, welche die Bildung immer im Munde führen, doch nie durch die That beweisen.

Das Café, in dem unsere Freunde insultirt wurden, ist „Café Göger" und unter den gebildeten Herren(?) soll sich Gold- und Silberarbeiter Kröner befunden haben. E.....

Nürnberg. Ich muß noch einmal auf den vielbesprochenen Vortrag des Dr. Max Hirsch zurückkommen. Im „Fränkischen Kurier," in welchem Hirsch, wie im „Volksstaat", so dreist abläugnete, daß er die Königshütter Affäre der Internationale in die Schuhe geschoben, findet sich ein ausführlicher Bericht über den Vortrag, dem wir Folgendes zur allgemeinen Belustigung entnehmen.

„Der Sozialismus lege besonders Gewicht auf die Behauptung, der Besitz befinde sich in den Händen einiger Weniger. Dies sei unrichtig. In Frankreich, dem Herde des Sozialismus gebe es über fünf Millionen besitzende Familien!!! während die Gesammtzahl der Familien blos 10 Millionen betrage."*)

Mit Einem Worte: die Zahl der Besitzenden und Besitzlosen ist in Frankreich egal, oder noch besser: das Verhältniß dieser beiden Klassen ist wie 1 zu 1 — also „harmonisch".

Weiter heißt es: „Alles Bestehende, alles Erzeugte, sei gemeinschaftliches Produkt des Bodens, der Arbeit und des Kapitals**). Diesen letzteren Faktor zu vernichten, sei das eingestandene Prinzip des Sozialismus. Wie verkehrt aber dies Beginnen sei, zeige die Thatsache, daß nach 1815 in Deutschland 20 Millionen Menschen kümmerlich lebten, während heute, **Dank der Vermehrung des Kapitals,** 40 Millionen bessern Unterhalt finden.!!! Das Kapital beseitigen zu wollen, sei gerade so thöricht, wie wenn die Anwohner eines Flusses, der von Zeit zu Zeit die Ufer überschwemmt, deshalb den Fluß austrocknen wollten. Nicht austrocknen, sondern eindämmen müsse man einen solchen Fluß und die besten Dämme gegen die Ueberfluthungen des zentralisirend wirkenden Kapitals seien die Associationen und Gewerkvereine."

Kapital und Kapitalbesitzer ist diesem ebenso unermüdlichen wie unverbesserlichen Schwätzer unter allen Umständen ein und dasselbe. Wenn z. B. die Eigenthümer der Firma Hirsch in Magdeburg expropriirt würden und ihre Fabrik in die Hände des Staats übergingе — würde dadurch das „Kapital vernichtet", oder nicht vielmehr bloß die Firma „Hirsch" in die Firma „Staatsverwaltung" übergehen? Hirsch wäre zwar dann kein Kapitalbesitzer mehr, aber sein früheres „Kapital" würde ohne ihn fortwachsen und fortzeugen. — Weiter: während der geistvolle Redner oben wenigstens dem Boden und der Arbeit zwei Drittheile Urheberschaft an allem Bestehenden zuschreibt, sagt er nachher, daß lediglich „Dank der Vermehrung des Kapitals" jetzt noch einmal so viel Menschen sich in Deutschland ernähren als vor 50 Jahren und sogar „besser als die damals Lebenden." — Die ausgedehntere und bessere Ausnutzung des Bodens und die Arbeit — diese beiden Faktoren*) sind also ihrer Funktionen an der Erzeugung „alles Bestehenden," welche ihnen noch gnädigerweise einige Zeilen vorher neben dem Kapital angewiesen waren, nun entsetzt! Das „Kapital" — d. h. auf Hirschisch: die Klasse der Kapitalbesitzer — hat es allein zu Wege gebracht, daß sich die Bevölkerung in Deutschland in 50 Jahren verdoppelt hat! Schade nur, daß der Vortragende nicht zugleich angegeben hat, ob in Deutschland auch, wie in Frankreich, das Verhältniß der Besitzenden zu den Nichtbesitzenden, wie 1 zu 1 ist. Oder schien ihm diese Mystifikation doch zu kühn?

Fürth. Endlich können wir Fürther auch etwas Erfreuliches von uns hören lassen. Diejenigen Mitglieder, welche aus dem Verein „Zukunft" ausgetreten sind und sich, nachdem sie sich durch Werbung von Rekruten verstärkt, als Partei konstituirt haben, traten Sonntag den 20. August mit einer Volksversammlung Vormittags, (in welcher Parteigenosse Scheu versprochenermaßen über die Presse und den Normalarbeitstag referiren sollte, jedoch, aus bis jetzt noch nicht aufgeklärtem Grunde, nicht Wort hielt**),) und mit einem Arbeiterverbrüderungsfeste Nachmittags in die Oeffentlichkeit.

Die Volksversammlung war ziemlich zahlreich besucht, die Parteigenossen von Nürnberg, Glaishamer, Mögeldorf, Erlangen ꝛc. fanden sich in großer Anzahl schon Vormittags ein, die rothe Fahne an der Spitze, welche, von Arbeitern der Klett'schen Fabrik dem Feste gewidmet worden war.

An Stelle Scheu's übernahm das Referat über die Presse Hagebauer aus Nürnberg, über den Normalarbeitstag Heinr. Maier aus Fürth. Es wurde die Resolution Meinick's aus Mögeldorf „die heutige Bourgeoispresse ist feil Jedem, der sie bezahlt" mit großer Majorität angenommen.

An der Debatte über den Normalarbeitstag betheiligten sich auch 2 Schulzeaner, welche sich zwar in einigen Punkten mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten. Von denen der eine jedoch der Ansicht war, die Frage könne nur in den Gewerkschaften und ohne Zuziehung der Staates gelöst werden, während der andere das Heil der Arbeiter nur im Schulze'schen Arbeiterbund zu finden glaubte. Beide wurden durch Heckel aus Fürth und Leip aus Nürnberg widerlegt und schließlich der Antrag des Referenten, daß ein Normalarbeitstag für Frauen von 8, für Männer von 10 Stunden gesetzlich festzustellen sei, einstimmig angenommen. —

Das Fest, vom Wetter begünstigt, wurde würdig eröffnet durch einen imposanten Festzug, an welchem sich zahlreiche, aus Arbeitern bestehende Vereine mit ihren Fahnen betheiligten: Die internationale Gewerkschaft der Schuhmacher von Fürth und Nürnberg, die der Metall- und Holzarbeiter, der Hirsch-Duncker'sche Ortsverein der Schreiner, der Schreinergesellenverein und Bäckergesellenverein, der katholische Gesellenverein(?!) u. s. w. — 2 Gesangvereine marschirten an der Spitze, in der Mitte wehte die rothe Fahne, welcher eine zahlreiche Schaar von Parteigenossen aus Fürth, Nürnberg und Umgegend folgte. Die rothe Fahne hat dem fortschrittlichen Schröder dahier einen solchen Schreck eingejagt, daß er in seinem Blatt heulend ausrief: „mit rother Fahne, rothen Schärpen, rothen Bändern à la Commune, zogen die Sozialisten durch unsre Stadt!" Die Festrede hielt Bürger Leip aus Nürnberg, unter allgemeinem Beifall. Die Schulzeaner, welche uns mit Störungen bedrohten, verhielten sich, abgeschreckt durch unsre Zahl und Organisation, ruhig und verlief das Fest trotz der großen Masse der Theilnehmer in der gemüthlichsten Weise und ohne den geringsten Mißton, wodurch wir einen, nicht zu unterschätzenden moralischen Erfolg errungen haben.

H. Maier.

Mainz. (Richterliche Intelligenz.) Es begab sich am 3. August d. Jahres, daß der Reisende des Hauses P. P. Heinz in Frankfurt a. M. einen Dienstmann Morgens 9 Uhr accordirte, per Stunde zu 15 Kreuzer, die Geschäftskunden des obengenannten Hauses im goldigen Mainz aufzusuchen, damit der Vertreter die Bestellungen rechtzeitig und schnellstens in Empfang nehmen könnte. Als der Dienstmann, der 8½ Stunden mit ihm herum gelaufen, den verdienten Lohn von fl 2 — beanspruchte und auf die 7½ Kreuzer für die halbe Stunde verzichtete, da war der Herr Reisende so menschenfreundlich, demselben den vorher ausbedungenen Accordlohn von 15 Kreuzer per Stunde nicht auszuzahlen, sondern wollte demselben nur 1 Thlr. statt 2 Gulden geben.

Der Dienstmann wollte nun sein Recht auf der Polizei suchen, da der Chef des Dienstmann-Instituts dem Reisenden bedeutete, daß er unbedingt dem Dienstmann den ausbedungenen Lohn zahlen müsse. Hierauf erwiederte der Reisende dem Chef: ob er seinen Worten nicht glaubte? Er hätte den Dienstmann nicht per Stunde accordirt, sondern per Tag. — Der Chef des Instituts bedeutete dem Reisenden, er dulde keine Lügner und Schwindler bei sich als Dienstmänner, deßhalb glaube er dem Dienstmann eher, als ihm. Der Reisende war der Sohn des Hauses P. P. Heinz selbst, und ließ um 15 Kreuzer halber die Sache vor Gericht verhandeln, wo denn nach langem Hin- und Herhandeln im nationalliberal wonniglichen Selbstgefühl der Dienstmann noch, trotzdem er im Recht, dennoch verurtheilt wurde, weil? — weil er die Kosten für weitere Termine in dieser Sache nicht aufbringen könnte.

Wenn man bedenkt, daß der Dienstmann, der seine Gewerbesteuer, städtische Umlage und täglich nur an Bureaukosten allein 12 Kreuzer abgeben muß, und außerdem oftmals ganze Stunden, ja halbe Tage lang keinen Kreuzer verdient, auch noch, da er nur rechtlich nach seinem ihm polizeilich vorgeschriebenen Tarif handelt, dennoch durch Richterspruch verurtheilt wird, blos weil er zur Arbeiterklasse gehört, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn bei Katastrophen die Arbeiter bisweilen Auge um Auge, Zahn um Zahn handeln, nachdem man das Rechtlichkeits- und Menschlichkeitsgefühl in der Brust des Arbeiters erstickt.

Essen, den 12. August 1871. (Essener Volksschul-Zustände.) Gestern, den 11. August des Nachmittags um 2¼ Uhr kamen meine beiden Kinder in aller Hast und laut schreiend aus der Schule gelaufen; meiner ältesten Tochter kam das Blut aus Mund und Nase. Auf meine Frage: „Was denn vorgefallen sei", erhielt ich zur Antwort: Es sind Ziegeuner-Frauen und Männer in die Schule gekommen und haben die Lehrerinnen und die Kinder geschlagen. Meine Tochter Elise hatte einen Schlag ins Gesicht bekommen, was das Nasenbluten zur Folge hatte.

Ich lief nun eiligst zur Schule hin, um mich von der Sachlage zu überzeugen; als ich hin kam, war eine große Volksmasse vor dem Schulgebäude, und in die Schule konnte man vor lauter Menschen nicht hereinkommen.

Die Ursache des Skandals wird folgendermaßen angegeben: „Die Lehrer und Lehrerinnen feierten einen Namenstag, und in Folge dessen waren die Kinder ungefähr eine Stunde allein; namentlich war dieses bei der Lehrerin Fräulein Thimann der Fall; diese Schule liegt in der zweiten Etage. Ob nun die Namenstagsfeiernden Lehrer und Lehrerinnen etwas laut waren oder wie es sonst ist, weiß ich nicht. Genug, die Kinder glaubten sich von Zigeunern überfallen und fingen fürchterlich an zu schreien, und schlossen die Schulthür von innen ab. Die Nachbarleute, die das Schreien hören, laufen hinzu, und in wenigen Minuten steht der ganze Platz voll Menschen. Noch immer schreien die Kinder und machen Mienen aus dem Fenster zu springen. Die Leute dringen nun die Treppe herauf, öffnen gewaltsam die Thür, stürmen in den Schulraum, und bei dieser Gelegenheit muß mein Kind einen Schlag oder Stoß bekommen haben, — absichtlich ist es jedenfalls nicht geschehen.

Was soll man nun aber von diesem Tumult halten? Die Moral der ganzen Geschichte ist, daß etwas faul ist in unserm katholischen Volksschulwesen.*)

Weil die geistliche Behörde keine Gehaltszulage geben will, so lange der Lehrer noch ein Sopha in der Stube und Gardinen am Fenster hat, **darum hat man keine Lehrer und Lehrerinnen, sondern muß sich mit Aspiranten und Aspirantinnen behelfen.** Ein 16 bis 17jähriges Mädchen hat ja eher Sinn für Liebesständeleien, als daß sie der Herkules-Arbeit gewachsen wäre, 100 bis 150 Kinder zu nützlichen Menschen heranzubilden.

X.

Elbing. Die gute Stadt Elbing ist für die Provinz Preußen das, was Chemnitz für Sachsen. Wenn der Same der sozialen Lehre hier gestreut würde, dürfte er gute Früchte tragen. Ein Parteigenosse meinte in einem Gespräche mir gegenüber, der jetzige Schuhmacherstrike in Königsberg werde den Anfangspunkt der sozialen Bewegung hier in unserer Provinz bilden. Dieser Ansicht bin ich durchaus nicht. Ich halte Königsberg für einen höchst günstigen Boden für radikal-politische Ansichten, jedoch nicht für soziale Bestrebungen. Elbing hingegen, dessen Fabriken sich in den letzten Jahren bedeutend vermehrt und das allein im letzten Jahre nach statistischen Nachweis 4000 Arbeiter an sich gezogen hat und in den nächsten Jahren ebensoviel, wenn nicht noch mehr, an sich ziehen wird, — Elbing halte ich für den geeignetsten Ort zur Gründung einer sozialdemokratischen Gemeinde. Ein paar öffentliche Vorträge, von einem unserer geschickteren Redner hier gehalten, würden viel nützen. Freilich müßten Anfangs die politischen Grundsätze etwas vorsichtig gelehrt werden, da die große Masse der Bevölkerung noch zu „königstreu" gesinnt ist. Wie wäre es, wenn einer unserer Parteigenossen hier einen Versuch machte? —

Breslau, den 20. August. In einer unserer letzten Versammlungen entspann sich bei der Frage: Was sollen die Arbeiter thun, wenn der Versuch gemacht wird, das Coalitionsrecht zu beschränken? eine sehr lange und eingehende Diskussion, die folgendes Ergebniß zu Tage förderte:

1. Die deutsche Regierung kann das Coalitionsgesetz gar nicht beschränken, weil es schon beschränkt genug ist; sie kann es nur gänzlich beseitigen. Dies wird sie aber nicht thun, weil sie dadurch große Unzufriedenheit selbst in den bisher indifferenten Arbeiterkreisen erregen und diese dem Sozialismus in die Arme treiben würde.

2. Das Coalitionsrecht giebt uns den Boden, auf dem wir die Vorpostengefechte gegen den Kapitalismus führen können.

3. Das Veranstalten von schriftlichen Massenprotesten an den Reichstag gegen die Aufhebung jenes Gesetzes hätte, wenn die Unterschriften unter ihnen überaus zahlreich wären, die Beseitigung dieses Rechtes um so mehr zur Folge. Die Bourgeoisie, die es erwirkt hat, um sich den Schein des Liberalismus zu geben, befürwortete es nur deshalb, weil sie glaubte, daß die Arbeiter lange Zeit von ihm gar keinen oder sehr geringen Gebrauch machen würden. Sobald sie sich aber durch die einmüthige Haltung des Proletariats in ihrem Interesse bedroht sieht, ergreift sie freudigst die ihr durch die Berliner Maurer- und Zimmermeister dargebotene Gelegenheit, das ihr nunmehr verhaßte Gesetz aus der Welt zu schaffen. Sie stieße hierbei um so weniger auf den Widerstand der Regierung, weil diese jenes Recht nur gewährt, um vermittelst desselben die Bourgeoisie durch die Arbeiter in Schach zu halten. Sie würde aber sofort ein engeres Bündniß mit ihr schließen, sobald sie durch die zahlreichen Unterschriften die Ueberzeugung gewinnt, daß ihr die Macht der Arbeiter über den Kopf wächst. Ja sie dürfte sich aus diesem Grunde außerdem noch veranlaßt sehen, größere Gewaltmaßregeln als zuvor gegen unsere Partei in Anwendung zu bringen, um sie vollständig zu vernichten. Es liegt aber in unserem Interesse, dies zu verhindern, weil wir noch nicht genügend erstarkt sind, um durch solche Maßregeln nicht auf viele Jahre in unserem Streben zurückgeworfen zu werden. Erlangen wir aber nur relativ wenige Unterschriften zu einem derartigen Protest, so documentiren wir unsere Ohnmacht, welche die außerhalb unserer Bestrebungen stehenden Arbeiter abhalten würde, sich uns anzuschließen.

4. Wird durch das Bündniß der Bourgeoisie und der Regierung das Coalitionsrecht aufgehoben, so haben wir — erst nachdem dies Gesetz rechtskräftig geworden —, Volksversammlungen einzuberufen, in denen wir die Arbeiter auf diese Schädigung ihres Interesses aufmerksam machen und das ihnen zugefügte Unrecht zu ihrem Bewußtsein bringen.

Mülsen St. Niclas, 22. August. Ohne viel Lärmen breitet sich die sozialdemokratische Idee hier immer mehr aus, „Volksstaat" und „Chemnitzer Freie Presse" haben auch in diesem Quartal neue Abonnenten gewonnen. Um so nothwendiger ist es, solche Leute an den Pranger zu stellen, welche unter dem Deckmantel der Arbeiterfreundlichkeit Diesen oder Jenen noch hinter das Licht führen. So ist hier der frühere Ortsvorstand Carl Meier, der bei den ersten Wahlen entschieden auf unserer Seite stand und für Liebknechts Wahl agitirte, jetzt aber sich auf die Seite der sogenannten Speckdemokraten gelegt hat. Bei der letzten Wahl agitirte er (zwar nicht offen und auch nicht hier am Ort; das durfte er nicht wagen) mit unserm Pfaffen Dr. Auster, einem der Schwärzesten unter den Schwarzen, für die Wahl von Minkwitz gegen Liebknecht.**) Am vorigen Sonntag hielt er bei dem hiesigen Militärvereins-Stiftungsfest die Festrede und brachte als ehemaliger wüthender Demokrat Hochs auf den „Heldenkaiser Wilhelm", den Kronprinzen Albert u. s. w. aus. Der Pariser Kommune ertheilte er seinen Fluch, woraus diese sich wohl nichts machen wird. Sein Freund, der obengenannte Auster, früher Seminardirektor in Lichtenstein, woselbst er eifrig gegen Bebel wirkte, ist seit einigen Jahren hier Pfarrer und benutzt jeden Sonntag die Kanzel, um gegen die Sozialisten und Kommunisten zu predigen. Er spricht dabei gewöhnlich von den „Volksknechten" (Anspielung auf Liebknecht) und den „bebelhaften" Volk (Anspielung auf Bebel). Kurz nach der Wahl, als auf Liebknecht eine achtmal so starke Stimmzahl hier am Ort als auf Minkwitz fiel, äußerte er sich: er schäme sich, hier in St. Niclas zu sein, er werde sich freuen, sobald als möglich von hier fort zu können. Wenn der gute Mann das recht bald thut, soll es uns freuen. Die St. Niclaser werden ihm keine Thräne nachweinen.

In unserm Nachbarort St. Jacob ist auch Einiges faul. Carl Krauße, der dort seit 1848 wirkt, hat gefunden, daß für die sozialdemokratischen Prinzipien zu wirken keine Lorbeeren und keine Pfründen einbringt. Er schwärmt in Folge dessen für die Schulze-Delitz'sche „Selbstpülle", hat seit ein paar Jahren einen Konsumverein gegründet, in dem er Verwaltungsrath, Lagerhalter und Procuraführer zugleich ist. Nebenbei betreibt er den Bier- und Branntweinausschank an die Vereinsmitglieder, Sitzungen und Versammlungen werden gleichfalls bei ihm abgehalten. Bei dieser Art „Selbstpülle" befindet sich Karl Krauße sehr wohl, und läßt Arbeiterfrage Arbeiterfrage sein. Schon vor zwei Jahren agitirte er, dem Beschluß der sächsischen Landesversammlung zuwider, bei der Landtagswahl für einen lauwarmen Liberalen den Ortsrichter Heinrich; eine Wahl, derentwegen der Herr Kandidat unterschiedliche Fäßchen Bier soll zum Besten haben geben lassen.

Carl Krauße, der vor wenig Jahren noch regelmäßig eine Robert-Blumfeier veranstaltete und noch 1868 bei derselben den Verräther an der Arbeitersache, Pils aus Frankenberg, gehörig ablaufen ließ, hat jetzt in seiner Gaststube die Portraits von Roon und Moltke, Kaiser Wilhelm u. s. w. w. hängen. So ändern sich die Zeiten und die Menschen.

Ein gutes Zeichen aber ist es, daß solche Menschen, erst einmal von der Masse erkannt, rasch allen Kredit und Einfluß verlieren und so ist es auch bei den eben gekennzeichneten Personen der Fall.

Aus **Magdeburg** wird berichtet, daß am 29. v. M. auf Veranlassung des Staatsanwalts die Cigarrenarbeiter Käfer aus Neustadt und Gustav Müller aus Berlin verhaftet worden sind. Käfer führte in den Versammlungen der Strikenden den Vorsitz, und Müller ist Delegirter des Berliner Strike-Komités; derselbe ist in Halberstadt, wohin er sich in Strike-Angelegenheiten begeben hatte, verhaftet worden und von dort nach Magdeburg gebracht.

---

*) Hat keiner unserer dem Vortrage beiwohnenden Parteigenossen diese so auffällige Mystifikation abgetrumpft? R. d. V.

**) Für diesen Blödsinn ist Herr Hirsch nicht verantwortlich; das hat er nun einmal bei den deutschen „Volkswirthschaftslehrern" (oder auch „Nationalökonomen") nicht anders gelernt. Während die „unwissenschaftlichen" Engländer keine andere Quelle des gesellschaftlichen Reichthums kennen, als die Arbeit, — der die Franzosen dann noch den „Boden" (die Naturkräfte) hinzufügten, — haben die wissenschaftlichen Deutschen sich die Dreieinigkeit: „Boden (Naturkräfte) — Arbeit — Kapital" zurechtgeschnitzt, an der sie einmüthig festhalten, vom „großen" Roscher bis herunter zum kleinen Max Wirth, obgleich die Thatsache, daß der Boden (Naturkräfte) nichts liefert ohne Arbeit und daß kein Kapital entstehen kann ohne Arbeit, jedem nicht denkervolklichen Schädel diese denkervolkliche Erfindung hätte verleiden müssen.

*) die nur ein Faktor sind. Wie schon vorhin angedeutet, wird der Boden erst durch die Arbeit ökonomisch produktiv. Urzustände, in denen die Menschen vom zufälligen Ertrag der Erde sich nährten, gehen uns hier natürlich nichts an. Ohne Arbeit würde der Boden Europa's nicht hunderttausend Menschen ernähren, und zwar kümmerlicher und prekärer, als die Pfahlbauer, die schon den Boden regelmäßig bebauten, gelebt haben.

**) In seiner Zeit sehr beschränkt, hatte Scheu sich an Most gewandt mit der Bitte, ihn zu vertreten, und, wenn er nicht könne, umgehend abzutelegraphiren. Leider war Most von Hause abwesend, und es entstand in Folge dessen eine Verzögerung; als endlich der Bescheid kam, daß es ihm unmöglich sei, zu gehen, eilte Scheu sofort nach dem Bahnhof, aber — der Zug war eben abgefahren, und eine spätere Gelegenheit gab es nicht.

*) Die humane Handlungsweise der Essener Schulbehörde in Betreff der Gehaltsverbesserung der Lehrer habe ich einer Korrespondenz der „Essener Zeitung" vom vorigen Jahre entnommen; heute haben wir die Folge dieser — Humanität.

**) Wir hätten uns dessen von Herrn Meier nicht versehen und hegen auch jetzt noch einige Zweifel, obgleich unser Gewährsmann — ein erprobter Parteigenosse, — für die Richtigkeit seiner Mittheilung einsteht. D. Red. d. V.

Fortsetzung von Seite 1.

Unmenschliche grenzenden Strapazen. **Unsere Verpflegung war, als wir noch im Innern Frankreichs waren, viel besser als hier.** Wir erhalten Morgens einen Kaffee, den die Hälfte aber nicht trinkt, so schlecht ist er, (natürlich ohne Brod); Mittags Fleisch und Gemüse, welches ganz ordentlich ist, und **Abends nichts;** alle zwei Tage einen Pumpernickel, ein Ding in der Form eines **Pflastersteins. Von zehn Soldaten ißt kaum einer dieses Brod, die meisten verkaufen es um ein Spottgeld und kaufen anderes bei dem Bäcker.** Das Glas Bier, 3/4 Schoppen und schlechter als draußen, kostet 3 Sous = 4 1/2 kr.; **an ein etwas halbwegs ordentliches Essen in einer Wirthschaft ist gar nicht zu denken, wenn man nicht 1 1/2 Franken hinlegen will,** und so ist es durch alle Rubriken. Unsere Verhältnisse zu den Straßburgern sind auch nicht die liebenswürdigsten, es finden öfter Zusammenrottungen statt, wo das Militär einschreiten muß. Dieses Alles zusammen macht unsern Aufenthalt hier zu einem **wahrhaft unerträglichen. Den Meisten wäre es lieber, wenn es heute wieder nach Frankreich hinein ginge."**

Auf letzteres ist es abgesehen: dem Soldat muß der Friede systematisch verleidet werden, damit er sich nach dem Krieg als einer Erholung sehnt. So schafft man den „richtigen militärischen Geist".

Deutsche Freizügigkeit. Vor etwa 6 Wochen meldete sich Liebknecht, der als hessischer Staatsbürger in Sachsen weder städtisches, noch staatliches Bürgerrecht auszuüben, wohl aber für Stadt Leipzig und Staat Sachsen die vollen Steuern zu zahlen hat, zum Eintritt in den Leipziger Bürger- und sächsischen „Unterthanen"-Verband. Er erfüllte die nöthigen Förmlichkeiten und wartete das Resultat ab. Am 29. August auf die Leipziger Polizei geladen, bekam er folgenden Bescheid mitgetheilt:

„Die Königliche Kreis-Direktion hat auf die Ueberreichungsregistratur des Stadtraths hier vom 7. d. M. Bedenken tragen müssen, dem Schriftsteller Liebknecht allhier die nachgesuchte Aufnahme in den diesseitigen Unterthanenverband zu ertheilen. Nach § 7 des Gesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit, in Verbindung mit § 3 alin. 1 des Gesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 ist nämlich die Aufnahme denjenigen Personen zu versagen, welche nach den Landesgesetzen Aufenthaltsbeschränkungen durch die Polizeibehörden unterworfen werden können. Dies gilt nach der Verordnung des Königlichen Ministeriums des Innern vom 4. November 1870, welche im Sächsischen Wochenblatte vom Jahre 1870, Seite 378 abgedruckt ist, namentlich dann, wenn die betreffende Person eine Strafe verbüßt hat, und seit der Verbüßung noch nicht ein Jahr verflossen ist. Da nun der Gesuchsteller Liebknecht nach Ausweis der nebst 4 anderen Aktenstücken zurückfolgenden Akten Nr. 10063 eine ihm wegen staatsgefährlichen*) Schmähungen rechtskräftig zuerkannte Gefängnißstrafe von 4 Wochen erst im Januar dieses Jahres verbüßt hat**), und mithin seit dieser Zeit noch kein Jahr verflossen ist, so ergiebt sich hieraus von selbst, daß die Königliche Kreisdirektion nicht in der Lage ist, dem gestellten Gesuche zu entsprechen.

„Dem Stadtrath bleibt überlassen, den Schriftsteller Liebknecht demgemäß zu bescheiden.

Leipzig, den 16. August 1871.

Königliche Kreis-Direktion. v. Haugk."

Da hätten wir sie in urwüchsiger Naturfeische wieder, die alten Manteuffeleien und Bundestagslitaneien von der politischen „Bescholtenheit." Es fragt sich nun blos:

Ist „von Haugk", welcher die „königliche Kreisdirektion" vorstellt, ein moderner Rip van Winkle***), der die letzten 6 Jahre verschlafen, und keine Ahnung davon hat, daß mittlerweile der alte Bundestag aufgehoben, ein „deutsches Bürgerrecht" mit „Freizügigkeit" eingeführt, und (im Bundeswahlgesetz) die politische „Bescholtenheit" ausdrücklich aufgehoben worden ist?

Oder, ist „von Haugk" kein Rip van Winkle und hat er die letzten 6 Jahre nicht verschlafen, sondern umgekehrt die Augen weit offen gehabt, und, den Dingen auf den Grund blickend, richtig herausgefunden, daß das „deutsche Bürgerrecht" mit „Freizügigkeit" blos ein „Stück Papier", die Abschaffung der politischen „Bescholtenheit" blos ein politisches Schaugericht für politische Kinder, und das „Neue Reich" trotz des Simson'schen Ordnungsrufs gegen Liebknecht wirklich blos „eine verschlechterte und verkleinerte Ausgabe des alten deutschen Bundes" ist?

Natürlich hat Liebknecht die nöthigen Schritte gethan, um eine endgültige Antwort auf diese sehr interessanten Fragen zu erlangen, und wartet das Resultat mit um so größerer Gemüthsruhe ab, als er im ersteren Falle das Verdienst haben wird, die Tagesliteratur um eine komische Figur bereichert zu haben, und im zweiten Fall die Genugthuung, offiziell als Prophet anerkannt und bestätigt zu werden.

Aus Newcastle berichten die Zeitungen, „daß nunmehr auch die deutschen Maschinenbauer, welche dort in der Elswick'schen Fabrik an Stelle der feiernden Arbeiter in Dienst genommen worden waren, die Arbeit eingestellt haben, und zwar, weil man ihnen nicht, wie anfänglich, Eier zum Mittagessen geben wollte(!). Am Abende marschirten sie mit einem Musikkorps an der Spitze in das Hauptquartier der strikenden Maschinenbauer und kündigten dort ihre Absicht an, höhere Lohnsätze und eine nur neunstündige Arbeitszeit zu verlangen. Um 11 Uhr kehrten sie nach der Fabrik zurück, erklärten sich aber nur dann zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit, falls man ihre Forderungen gewähre. Inzwischen sind einige hundertzwanzig Maschinenbauer aus Dänemark und Schweden in Newcastle eingetroffen."

Es ist bedauerlich, daß sich die deutschen Arbeiter erst durch die Nichterreichung ihrer Hoffnung veranlaßt fanden, ihren englischen Kollegen beizutreten. Würdiger wäre es gewesen, sie hätten sich überhaupt nicht dazu hergegeben, gegen ihre Arbeitsbrüder die Büttel zu spielen.

---

*) Wegen regiert gewöhnlich den Genitiv.

**) Um das Unangenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, saß er nämlich während seiner hochverrathsprozeßlichen Untersuchungshaft eine ihm früher zudiktirte Gefängnißstrafe von 4 Wochen (wegen Abdruck eines „staatsgefährlichen" Artikels), bis auf 1 Tag, der aus mysteriösen Gründen in petto behalten wurde, ab, — eine Strafe, deren „Verbüßung" er nach sächsischem Gesetz bis nach Aburtheilung der übrigen gegen ihn schwebenden Prozesse hätte hinausziehen können.

***) Die Geschäfte dieses berühmten Siebenschläfers, der den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg verschlief, ist in Washington Irving's Sketchbook (Skizzenbuch) zu lesen. Freilich unser Leipziger Nachahmer hätte keinen Unabhängigkeitskrieg verschlafen, sondern das Gegentheil.

Aus ganz sicherer Quelle geht uns folgende interessante Nachricht zu:

„Die sächsischen Polizeibehörden hatten anfänglich auf höhere Weisung hin die Absicht, den Kongreß unserer Partei in Dresden sofort aufzulösen, sobald nur irgend eine Aeußerung eines Redners dazu Veranlassung biete. Allein von Berlin aus ist die Weisung gekommen, den Kongreß unter allen Umständen stattfinden zu lassen, aber ihn strengstens zu überwachen und jede Aeußerung, welche als „revolutionär" aufgefaßt werden könne, zu notiren."

Von unsern Dresdner Parteigenossen wird uns bestätigt, daß in den öffentlichen Sitzungen des Kongresses außer dem offiziell die Versammlung überwachenden Beamten mehrer höhere Polizeibeamten in Civil anwesend und in verschiedenen Theilen des Saales postirt waren. Ein von der Regierung bestimmter Stenograph mußte außerdem die Verhandlungen nachschreiben.

Von einer andern Seite geht uns eine Mittheilung zu, die wir ebenfalls nicht anstehen zu veröffentlichen, weil dann die Parteigenossen am besten wissen, woran sie sind.

Von Seiten der preußischen Regierung soll an sämmtliche deutschen Regierungen die Aufforderung ergangen sein, die Versammlungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei genau zu überwachen. Aeußerungen der Redner, welche die Republik oder die Revolution verherrlichen, sollen besonders vermerkt und darauf hin gegen die Redner gerichtlich eingeschritten werden. Sobald eine Reihe von Fällen dieser Art konstatirt ist, sollen sie das Material abgeben, damit man von Berlin aus gegen die Partei im Großen vorgehen könne!

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die bisher gegen die Partei unternommenen Verfolgungen den hier gemachten Andeutungen entsprechen; man sehe sich also vor!

Auf noch Eins machen wir aufmerksam: An verschiedenen Orten beobachtet die Polizei scheinbar eine große Liberalität gegen die Partei und die sozialdemokratischen Vereine, indem sie die Versammlungen anscheinend nicht polizeilich überwachen läßt. Es ist dies nichts als ein Manöver. Man hofft dadurch die Mitglieder zu unbedachten Aeußerungen zu verleiten, die dann durch geheime Agenten, die jede Versammlung besuchen und das Denunziantenamt übernommen haben, hinterbracht werden. Man sei auf der Hut!

Zur Partei-Steuer-Frage.*)

Die Breslauer Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beantragen:

„Der Parteikongreß möge beschließen — statt aller Parteibeiträge, „aller Geldsammlungen zu Parteizwecken und aller sonstigen Finanz„operationen eine einzige direkte progressive Einkommensteuer „einzuführen."

Zur Motivirung:

Die progressive Einkommensteuer ist das einzige Steuersystem, welches den Prinzipien der Partei entspricht.

Jede andere Operation zu Gunsten der Parteikasse ist ungerecht, da jede die Parteimitglieder ohne Rücksicht auf ihr Einkommen belastet.

Alle anderen Operationen sind in ihrem Ergebniß ungenügend.

Nach beifolgendem Entwurf ist dagegen die progressive Einkommensteuer in ihrem Ergebniß zur Deckung aller Parteiausgaben völlig genügend.

Gesetzt: unter je 80 Parteigenossen befinden sich 20 auf der niedrigsten 1ten und 20 auf der 2ten Steuerstufe, je 10 auf den beiden darauffolgenden, je 5 auf den beiden nächsthöheren, 3 auf der 7ten, 2 auf der 8ten, und je 1 auf den Stufen 9 incl. 13, so wäre der Steuerbetrag bei 10000 zahlenden Parteimitgliedern jährlich:

15479 Thlr. 7 Sgr.

Erhielten die Parteikassen davon 33 1/3 %: 5159 Thlr. 22 Sgr. 4 Pf., so bliebe für lokale Ausgaben, für Agitation oder dgl. noch die Summe von 10319 Thlrn. 14 Sgr. 8 Pf.

Die Parteikasse erhielte also bei ihrer Betheiligung an den Parteieinkünften mit 33 1/3 %. — 1159 Thlr. 22 Sgr. 4 Pf. mehr, als sie jetzt bei 10000 zahlenden Mitgliedern erhalten würde, während die Einnahmen der einzelnen Mitgliedschaften um ein noch viel Beträchtlicheres gestiegen wären.

Die Schwierigkeit des Einziehens der progressiven Einkommensteuer ist nicht größer, als die der Einziehung der Parteisteuer, wie wir sie jetzt haben. — — —

Dazu ist zu bemerken, daß selbstverständlich verheirathete Parteigenossen nicht denselben Steuersatz zu zahlen hätten, als unverheirathete mit gleichem Einkommen. Es konnte dies dahin normirt werden: Verheirathete ohne Kinder steuern von der ihrem Einkommen zunächstliegenden unteren Steuerstufe — Verheirathete mit einem oder zwei Kindern haben auf eine Ermäßigung um zwei Steuerstufen Anspruch, Verheirathete mit drei oder mehr Kindern auf eine solche um drei Steuerstufen u. s. f.

Sollte sich das Bedürfniß herausstellen, eine Steuerstufe unter der von 100 Thlrn. jährlichen Einkommens zu schaffen, so wäre der vorliegende Entwurf demgemäß zu erweitern. (Mitglieder der Partei, welche 100 Thlr. jährliches Einkommen haben und verheirathet sind, zahlen 10 preußische Pfennige monatlichen Beitrag. Haben sie außerdem noch Kinder, so zahlen sie nur 5 Pf. Parteisteuer pro Monat.)

Die Breslauer Parteimitglieder beantragen überdem durchaus nicht volle Annahme ihres Entwurfes, sie wollten damit blos einen Beweis für die Durchführbarkeit und Rentabilität der progressiven Einkommensteuer gegeben haben.

Schema der progressiven Einkommensteuer, wie sie von den Breslauer Mitgliedern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beschlossen worden ist.

	Ein Einkommen von Thlr.	jährlich zu besteuern pCt.	giebt jährl. Thlr.	Sgr.	Pf.	also monatl. Thlr.	Sgr.	Pf.
1.	100	1/8 „	—	15	—	—	1	3
2.	150	23/60 „	—	23	3	—	2	—
3.	200	33/60 „	1	3	—	—	2	9
4.	250	36/60 „	1	15	—	—	3	9
5.	300	40/60 „	2	—	—	—	5	—
6.	350	45/60 „	2	18	9	—	6	7
7.	400	52/60 „	3	12	—	—	8	6
8.	450	58/60 „	4	10	6	—	10	11
9.	500	68/60 „	5	15	—	—	13	9
10.	600	75/60 „	7	15	—	—	18	9
11.	700	85/60 „	9	27	—	—	24	10
12.	800	96/60 „	12	24	—	1	2	—
13.	900	108/60 „	16	6	—	1	10	6
14.	1000	121/60 „	20	5	—	1	20	5

NB. Bei der Einschätzung hat jeder Parteigenosse die Stärke seiner Familie anzugeben, da diejenigen, welche eine Frau zu ernähren haben, den Steuerbetrag der ihrem Einkommen nächsten unteren Steuerstufe, diejenigen, welche eine Frau und 2 Kinder ernähren, den Steuerbetrag der zweiten unteren zu entrichten haben, u. s. w. fallend um eine Steuerstufe bei Vermehrung der Familie um je zwei Mitglieder.

*) Was ich auf dem Kongreß zu thun verhindert war, das thue ich hiermit: ich empfehle obigen Antrag, der im Wesentlichen unanfechtbar ist, aufs Wärmste den Parteigenossen und namentlich dem Ausschuß, mit der Bitte an letzteren, die einzelnen Mitgliedschaften für Adoptirung des vorgeschlagenen Steuersystems zu bestimmen, wozu es eines Kongreßbeschlusses nicht bedarf. Daß der Antrag nicht auf der Tagesordnung des Kongresses stand, hat darin seinen Grund, daß er für die ursprünglich anberaumte Kongreßfrist zu spät eintraf und daß ich nach der Vertagung die Veröffentlichung für überflüssig hielt, da ich nicht zweifelte, auf dem Kongreß anwesend sein zu können und die nöthige Unterstützung zu erlangen. Ein ähnliches Steuersystem — in der That das einzig gerechte, wurde hier im Leipziger Verein schon früher von mir befürwortet und ist, oder war wenigstens, im Barmener Verein in Kraft.

W. Liebknecht, als Delegirter für Breslau.

Internationale Gewerksgenossenschaft der Holzarbeiter.

Leipzig, den 29. August. In dem Saale der „Westendhalle" fand gestern Abend eine Versammlung der Tischler und Pianofortearbeiter Leipzigs statt. Die Versammlung zählte circa 500 Arbeiter, worunter auch andere Gewerke stark vertreten waren.

Zum Vorsitzenden wurde Stelzer ernannt. Auf der Tagesordnung stand: 1) Der Strike der Berliner Tischler. — 2) Die Berliner Konkurrenz. — 3) Die Organisation in den Gewerksgenossenschaften. Stelzer referirte über die beiden ersten Punkte. Redner beleuchtete die Ursache und den bisherigen Gang des Strikes; hob hervor, daß die Tischler in ganz Deutschland diesen berechtigten Strike mit Freuden zu begrüßen ein Interesse haben, denn gerade die Berliner Konkurrenz sei es, unter welcher Deutschlands sämmtliche Tischler so sehr zu leiden gehabt hätten; namentlich seien es die großen Berliner Möbelfabrikanten gewesen, welche, um billige Waaren zu bekommen, die Löhne der Arbeiter so herabgedrückt hätten, daß ein Auskommen nicht mehr möglich sei. Referent forderte die Versammelten auf, ihre Brüder in Berlin kräftigst durch Geldmittel zu unterstützen; dies sei jetzt die Pflicht eines jeden Tischlers. Nachdem noch verschiedene Redner in gleichem Sinne gesprochen, und von Zuzug nach Berlin abgerathen hatten, referirte über den letzten Punkt der Tagesordnung Schrader. Referent unterwarf die Strikes im allgemeinen, ohne sich gerade gegen den Berliner Tischler-Strike wenden zu wollen, einer ausführlichen Kritik, und bewies, daß Strikes keineswegs das richtige Mittel seien, um für die Dauer einen höhern Lohn zu erzielen. Das Gesetz von „Angebot und Nachfrage" würde gar bald wieder den Lohn auf den früheren Stand sinken machen.

Richtiger sei es schon, für kürzere Arbeitszeit zu striken; bei kürzerer Arbeitszeit stiege der Lohn von selbst höher. Referent erklärte alsdann die Gewerksgenossenschaften und deren Nutzen; giebt an den Gewerksgenossenschaften Englands Beispiele, wie die Arbeiter Englands, organisirt in ihren Gewerkschaften, sich eine Macht verschafft hätten, womit sie dem Großkapitalisten mit Erfolg entgegentreten könnten. Redner forderte die Versammlung auf, das Gleiche zu thun, sich zu organisiren und den bereits bestehenden Gewerksgenossenschaften beizutreten. — Nachdem noch die Versammlung beschlossen, in allen Tischlerwerkstellen wöchentliche Listen herumgehen zu lassen und eine Resolution, in welcher den strikenden Berliner Tischlern die vollste Sympathie ausgesprochen wurde, einstimmige Annahme fand, zeichneten sich sofort eine ziemliche Anzahl in die Gewerksgenossenschaft der Holzarbeiter ein, und wurde von 10 Arbeitern sofort auf den „Volksstaat" abonnirt. Der Geist der Versammlung war ein vortrefflicher.

Internationale Gewerksgenossenschaft der Maurer, Zimmrer und verwandten Gewerke.

Dresden. Die regelmäßigen Dienstags-Versammlungen im Vereinslokale zur „Deutschen Halle" werden von Woche zu Woche zahlreicher und interessanter — ein erfreuliches Zeichen, daß die Kongreßversammlungen besseres Verständniß und lebhafteres Interesse für die gute Sache bei Vielen hervorgerufen haben. Anderntheils sind es aber auch die an vielen Orten — Berlin voran — immer heftiger ausbrechenden Strikes, welche die Aufmerksamkeit und Bewunderung der meisten Arbeiter nachrufen. So kommt es denn, daß die Mitgliederzahl in jeder Versammlung wächst.

Eine gleich erfreuliche Nachricht können wir aus Chemnitz berichten, wo seit Kurzem eine bedeutende Mitgliedschaft sich organisirt und schon in den wenigen Versammlungen über Hundert Mitglieder sich einzeichneten. Hoffentlich werden die Nachbarstädte diesem Beispiele bald folgen, umsomehr, da in mehreren Orten schon Gewerkschaften bestehen, welche nur durch den Krieg in's Stocken gerathen waren. Was nun die Sammlungen für die strikenden Maurer in Berlin betrifft, so nehmen sie ihren ungestörten Fortgang, trotzdem sich die große Masse leider noch von den Meistern und theilweise auch von den Politen einschüchtern läßt. Ein Brief vom dortigen Komitee bezeichnet die Lage der Feiernden und ihre Ausdauer sehr günstig, so daß sie noch einige Wochen ausharren könnten, wenn die Unterstützungen so fortgingen.*) Indem sie über die bisjetzt gesendeten Gelder quittiren, sprechen sie gleichfalls ihren herzlichsten Dank den Gebern aus. Möge ihr gerechter Kampf um den Normalarbeitstag bald zum Siege führen! Wir aber wollen stets eingedenk sein, daß ihr Sieg auch uns zum Vortheile sein und bleiben wird. A. Wecke, Schriftführer.

Mühlheim am Rhein**), 30. August. Brüder und Parteigenossen! Wir finden uns veranlaßt, Euch anzuzeigen, daß sämmtliche Band- und Leinweber (200 an Zahl) in den drei Fabriken Christoph André, Gebrüder Fischer & Comp., Bodewig und Freydank am 30. August die Arbeit eingestellt haben, weil die Arbeitgeber auf unsere Wünsche, betreffend 25-procentige Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit, gar nicht eingehen wollten. Wir Arbeiter sind alle einig, auszuharren, aber wir müssen auf Eure brüderliche Unterstützung durch Geldmittel rechnen, denn unter den Strikenden sind Familienväter. Auch bitten wir den Zuzug von Band- und Leinwebern nach Mühlheim fernzuhalten. Unterstützungen nimmt entgegen

Peter Bilstein, Dammstraße 15.

Das Weberkomitee von Mühlheim am Rhein.

---

*) Unterdessen hat der Strike bekanntlich sein Ende erreicht.

**) Dieser Brief kam, obwohl per express adressirt, erst Freitag 9 1/2 Uhr an, also zu spät für die bereits gedruckte Samstagnummer.

D. Red. d. V.

(Todesanzeige!)

Neundorf, den 2. September. Am 1. September früh verließ unser Freund und Parteigenosse Friedrich Rohkohl, Vorsitzender des hiesigen Vereins, die Seinen gesund und wohl, sein Tagewerk zu vollbringen; aber kaum war er eingefahren in die Grube zu Leopoldshall, so zerschmetterte ihm schon eine Salzmasse alle seine Glieder. Unser Freund hinterläßt eine Wittwe mit zwei unerzogenen Kindern. Unser Schmerz ist um so herber, als wir in ihm einen der bewährtesten Parteigenossen verlieren, welcher stets und überall die Wahrheit vertrat, und die Lüge bekämpfte.

Die Parteigenossen zu Neundorf.

Fond für politisch Gemaßregelte.

Parteigenossen in Reichenbach i./V. durch Müller 3 Thlr. — Internationale Manufaktur-Gewerksgenossenschaft in Mylau durch Reichelt 3 Thlr.

Für Bremen.

Jeden Dienstag 8 1/2 Uhr Versammlung des sozialdemokratischen Arbeiter-Vereins bei Herrn Jordan in der Rolandshalle.

Conrad Holle.

NB. Der „Volksstaat" liegt aus in der Speisewirthschaft von Garbs, Abbenthorsstraße Nr. 17 und im obigen Vereinslokal.

Für Breslau.

Sonnabend den 9. September c. Abends 8 Uhr

Grosses Arbeiterfest.

im **Springer'schen Lokal.** (Weiß-Garten) unter Mitwirkung des Männergesangvereins **Teutonia. Instrumental-Konzert, Gesang, Festrede, deklamatorische Vorträge** und **Tanz.**

Alles Nähere besagen die Plakate.

Um zahlreiche Betheiligung bittet

Das Fest-Comité.

Für Leipig.

Geschlossene Parteiversammlung.

Freitag den 8. September Abends punkt 1/2 9 Uhr, **Versammlung** in dem Saale der „goldenen Säge."

Tagesordnung: Wahl des Vertrauensmannes. — Wahl der Finanzkommission für das Partei-Organ. — Ergänzungswahl des Agitationskomitees.

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Hepner (Redaktion: Petersteinweg 13
Druck u. Verlag: F. Thiele. (Expedition: Petersstr. 18.)